

18. Wahlperiode

## **Antrag**

der AfD-Fraktion

### **Linkem Extremismus entschieden entgegenzutreten: Einführung eines Aussteigerprogramms für Linksextremisten**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, in Berlin ein staatliches Programm gegen linken Extremismus aufzulegen. Dieses Programm ist in Form eines freiwilligen Aussteigerprogramms für Angehörige der linksextremen Szene zu konzipieren und soll auf deren erfolgreiche Resozialisierung abzielen. Es soll sowohl den Ausstieg aus der Szene als auch die soziale Betreuung von Hilfesuchenden und Beratung der Angehörigen umfassen. Als flankierende Maßnahme, um die Herauslösung aus linksextremen Strukturen zu erleichtern, sollen die Aussteiger bei praktischen Fragen der Lebensführung Unterstützung finden. Dazu gehören Suchtberatung, Hilfe bei Arbeits- und Wohnungssuche, Hilfestellungen zur sozialen Integration und Angebote zur Schuldnerberatung.

Das nordrhein-westfälische Aussteigerprogramm „left“ und das Programm „EXIT-Deutschland“ können als Vorbilder dienen.

In ressortübergreifender Arbeit zwischen der Senatsverwaltung für Inneres und Sport und der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales soll eine zentrale Anlaufstelle geschaffen werden. Darüber hinaus sollen geeignete Kooperationspartner gewonnen werden. Das Angebot soll in adressatengerechter Weise beworben werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. August 2020 zu berichten.

### ***Begründung***

Die Statistiken für das Jahr 2018 offenbaren eine steigende Tendenz im Bereich des gewaltbereiten linksextremistischen Milieus in Berlin. Insgesamt wird das Personenpotenzial für selbiges Jahr auf mittlerweile 3.140 geschätzt, welches einen Anstieg um fast 200 seit dem Vorjahr bedeutet.

Eine immer weiter steigende Anzahl von Delikten dieses Personenkreises deuten auf ein Kapitulieren des Rechtsstaates. Das ist ein für die Berliner Bürger nicht hinnehmbarer Zustand. Der Polizeibericht Berlin für 2018 spricht im Themenbereich der politisch motivierten Kriminalität von links von Straftaten „auf einem annähernd gleichbleibend hohen Niveau“ sowie einer „Zunahme von Landfriedensbrüchen und Widerstandsdelikten“ (Jahresbericht Politisch motivierte Kriminalität Berlin 2018, PMK – links – S. 27). Allein Übergriffe auf Beamte und Einrichtungen der Polizei sind zwischen 2017 und 2018 von 176 auf 192 Fälle gestiegen (ebd., S. 28), was angesichts der personellen Situation der Landespolizei Berlin eine starke Belastung darstellt.

Konfliktzonen wie die Rigaer Straße, Krawalle am Ersten Mai, Inbrandsetzung von Fahrzeugen und politisch motivierte Sachbeschädigungen, Angriffe auf Polizeibeamte und Anschläge auf Politiker verdeutlichen die Notwendigkeit, zur Sicherung des staatlichen Gewaltmonopols und Eindämmung der politisch motivierten Kriminalität vielfältige Instrumente einzusetzen.

Nicht nur aufgrund der Belastung der Bürger und der Polizei durch steigende Gewalt von Linksextremisten findet die Schaffung einer eigenen Anlaufstelle ihre Berechtigung. Auch aufgrund der repräsentativen Funktion als Bundeshauptstadt ist für Berlin eine Wende im Umgang mit linkem Extremismus zwingend erforderlich.

Dem erfolgreichen Beispiel von „EXIT-Deutschland“ folgend, ist auch die Etablierung eines Aussteigerprogramms für Linksextremisten eine wichtige Ergänzung in der Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität. Das Land Nordrhein-Westfalen führt mit dem Programm „left“ bereits ein bundesweit einmaliges, vollumfassendes Programm durch, dessen Zielgruppe die etwa 2.500 Personen starke linksextremistische Szene des Landes ist. Innerhalb eines Jahres haben bislang 30 Personen dieses Angebot genutzt.

Die Bekämpfung der PMK-links sollte ressortübergreifend alle relevanten Behörden und Organe im Zuge eines gemeinsamen Lösungsansatzes von Anfang an einbeziehen und nicht allein der Polizei aufgebürdet bleiben. Mit Annahme dieses Antrags würde das Land Berlin bei der umfassenden Bekämpfung anti-demokratischer Haltungen eine Vorreiterrolle einnehmen.

Berlin, den 21. Januar 2020

Pazderski Weiß Woldeit  
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion